



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder

Frage: Sie kommen aus einfachen wirtschaftlichen Verhältnissen. Umso bewundernswerter ist es, dass Sie es bis zum mächtigsten Mann der BRD gebracht haben.

Wann ist Ihnen zum ersten Mal der Gedanke gekommen, Bundeskanzler zu werden und welche Berufsvorstellungen hatten Sie zuvor?

Natürlich hatte ich als Kind ganz andere Berufswünsche, eine zeitlang waren die von meiner Vorliebe für den Fußballsport geprägt, später wollte ich einmal zur Bahn. Nachdem ich das Abendabitur auf dem zweiten Bildungsweg gemacht hatte, wollte ich dann aber sehr bald Rechtsanwalt werden, und so kam es dann ja auch. Die Politik hat mich schon immer interessiert, selbstverständlich nicht von Anfang an mit dem Ziel einmal Bundeskanzler zu werden, das wäre vermessen. Wann mir dieser Gedanke zum ersten Mal kam, kann ich heute nicht mehr zeitlich so genau festlegen. Aber als ich Ministerpräsident war, und auch schon zuvor lange Jahre Politik gemacht hatte ist das wohl gedanklich in den Bereich des Möglichen gerückt. Es ist nun einmal so: Als Kanzler kann man am meisten bewegen in unserem Land.

Frage: Sie können sehr stolz auf Ihre Mutter sein, die als Kriegerwitwe in den schweren Nachkriegsjahren für 2 Kinder zu sorgen hatte.

Halten Sie regelmäßigen Kontakt zu Ihrer Mutter und unterstützen Sie Ihre Mutter finanziell?

Wann immer es mir möglich ist, besuche ich meine Mutter und meine Schwester. Ich unterstütze sie auch finanziell. Das ist ein kleiner Dank, für das, was sie früher für uns Kinder - und besonders für mich - getan hat.

Frage: Vergleicht man Äußerungen des damaligen Vorsitzenden der Jusos Gerhard Schröder mit Äußerungen des Bundeskanzlers Schröder dann liegen Welten dazwischen. Nun sollte jeder Mensch lernfähig sein.

Können Sie aber Skeptiker verstehen, die nach dem wahren Gesicht von Gerhard Schröder fragen und welches ist es?

Es ist ja das Vorrecht der Jugend, die Welt schon mal aus „den Angeln heben zu wollen“. Das ist auch gut und richtig so, eine gewisse Radikalität gehört zum Jungsein dazu.



Später lernt man, dass sich die Verhältnisse nicht so einfach verändern lassen. Die Basis meines politischen Handelns hat sich jedoch im Lauf der Jahre nicht verändert: Das Bemühen um die Herstellung von Chancengleichheit für alle und die Förderung der Solidarität zwischen Starken und Schwachen.

Frage: Dass die Springerpresse Ihre Regierung nach Strich und Faden madig macht ist nicht besonders verwunderlich. Wenn aber parteipolitisch ungebundene Zeitungen wie „Die Zeit“ mit dem Zitat „Wir werden nicht viel machen. Aber alles schlechter“ und die Süddeutsche Zeitung gar von „rotgrünem Dilettantismus“ schreibt, dann müssen doch alle Alarmglocken schlagen.

Fühlen Sie sich von der Presse ungerecht behandelt weil sie nur das Negative Ihrer Politik aufgreift?

Es ist kein Geheimnis, dass die der SPD nahestehenden Journalisten besonders kritisch sind, da fühlt man sich ein wenig zu streng beurteilt. Presseschele hilft jedoch

nichts, schließlich hat die Vielstimmigkeit im Sommer nicht zur Klarheit über unsre Politik beigetragen. Da sind wir aber schon viel besser geworden.

Frage: Der politisch interessierte Bundesbürger reibt sich verwundert die Augen. In der Rentenpolitik, beim Sparpaket usw. verfolgt Ihre Regierung Maßnahmen, die schon die Regierung Kohl gegen den Widerstand der SPD und den Grünen in Angriff nehmen wollte. Jetzt wechselt die CDU/CSU die Fronten und hält das für falsch, was sie noch vor einem Jahr selbst für richtig hielt.

Hat nicht Bismarck mit seiner Äußerung, dass Politik den Charakter verdirbt, recht?

Die Opposition betreibt hier zum Schaden des Landes eine verantwortungslose Politik, sie lehnt die einzelnen Teile des Zukunftsprogramms ab und schlägt unfinanzierbare Steuerreformen vor. Sie verfolgt damit weiter die Verschuldungspolitik, die den Staat an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht hat. Wir werden jedenfalls den Weg zur Sanierung der Staatsfinanzen unbeirrt weiter verfolgen.

Dass Bismarck mit seiner Bemerkung Recht hatte, kann ich in dieser Allgemeinheit nicht bestätigen.

Frage: Ist unser Rentensystem noch sicher, wenn die Lebenserwartung der Rentner und Rentnerinnen weiterhin zunimmt?

In Zukunft kann, wegen der erheblich höheren Lebenserwartung, die viele ältere Menschen heute glücklicherweise haben, eine Alterssicherung auf hohem Niveau von der gesetzlichen Rentenversicherung alleine nicht mehr gewährleistet werden. Daher müssen Wege gefunden werden, wie die gesetzliche Rentenversicherung langfristig gesichert werden kann und der Lebensstandard im Alter durch zusätzliche Vorsorge gehalten werden kann. Dabei werden wir dafür sorgen, dass weder die Rentner, noch die Beitragszahler, noch den Staat überfordern. Es darf nicht zu einer Spaltung von alt und jung in unsrer Gesellschaft kommen. Wir wollen beides: Für die Jungen bezahlbare Beiträge und für die Älteren sichere Renten.

Frage: Bei der ökologischen Steuerreform wird in der Presse und im Fernsehen immer wieder darauf hingewiesen welche zusätzlichen Belastungen finanzieller Art dadurch für die Bürger entstehen. Das gleichzeitige Sinken der Lohnnebenkosten wird überhaupt nicht erwähnt. Hauptsächlich werden hierbei die Unternehmer entlastet. Sind Sie der Ansicht, dass die Unternehmer auch neue Arbeitsplätze schaffen?

Im Rahmen der von meiner Regierung in Gang gesetzten Steuerreform hat es eine Entlastung - vor allem für die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen von 40 Milliarden gegeben. Das Aufkommen der Öko-Steuer beträgt 3 Milliarden, mit denen die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt werden, was gleichermaßen Arbeitnehmern, wie Arbeitgebern zugute kommt. Wir haben jedoch noch mehr Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen gegeben, so wurde der Einkommenssteuerhöchstsatz für gewerbliche Einkünfte gesenkt und so die Investitions-

kraft arbeitsplatzschaffender Unternehmen gestärkt. Mit der geplanten Unternehmenssteuerreform werden die Rahmenbedingungen für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen weiter verbessert.

Frage: Geben Sie dem Bündnis für Arbeit noch eine Chance?

Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit bleibt nach wie vor ein wichtiges Instrument, um alle gesellschaftlichen Kräfte auf ein Ziel auszurichten.: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Erste Maßnahmen, wie das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit waren dabei schon sehr erfolgreich: knapp 200 000 Jugendliche haben wir damit eine Chance eröffnet einen Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung zu bekommen.

Frage: Die politisch Verfolgten beider Diktaturen - hierzu zählt auch das Reichsbanner - sind empört darüber, dass die Täter beider Diktaturen nach 1945 und nun auch nach 1989 materiell besser gestellt werden als ihre Opfer. Ehemalige Nazi-Würdenträger und deren Nachkommen genießen ungekürzte Renten und Pensionen. Auch das kürzlich ergangene Urteil des BVG hat zur Folge, dass die Rentner der ehemaligen Staats- und Parteifunktionäre der DDR sich fast verdoppeln.

Muß man nicht den Eindruck haben, dass unser Rechtsstaat hier zum Nachteil der Opfer mit zweierlei Maß misst und sehen Sie eine Möglichkeit dies zu ändern?

Es ist in der Tat bedrückend, zu welchen persönlichen Härten und Ungerechtigkeiten es auf diesem Feld manchmal leider gekommen ist. Darauf habe ich erst kürzlich in meiner Rede vor der Historischen Kommission noch einmal hingewiesen. Die Bundesregierung sieht es als eine fortdauernde Verpflichtung an für die Verbesserung der Entschädigung für Opfer nationalsozialistischen Unrechts zu sorgen und hat zu diesem Zweck eine Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ und eine Stiftung „Entschädigung für NS-Zwangarbeit“ gegründet. Nachteile in der Rentenversicherung werden durch eine gesetzliche Ergänzung des geltenden Unrechts ausgeglichen. Auch die Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer des SED-Regimes soll so weit wie möglich verbessert werden.

Die Fragen wurden von Hans Bonkas gestellt.

Interview mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen Kurt Biedenkopf

Frage: Was hat Sie bewogen, sich politisch zu betätigen und in die CDU einzutreten?

Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Am Konzept einer freien, sozial verantwortlichen Wirtschaftsverfassung habe ich seit 1956 mitgearbeitet. Sie war und ist auch die Partei der deutschen Einheit und der europäischen Einheit. Deshalb wurde ich Mitglied. Für diese Politik habe ich mich dann auch ab 1973 in politischen Ämtern engagiert.

Frage: In der Presse werden Sie manchmal als der Querdenker der CDU bezeichnet. Sehen Sie sich auch so?

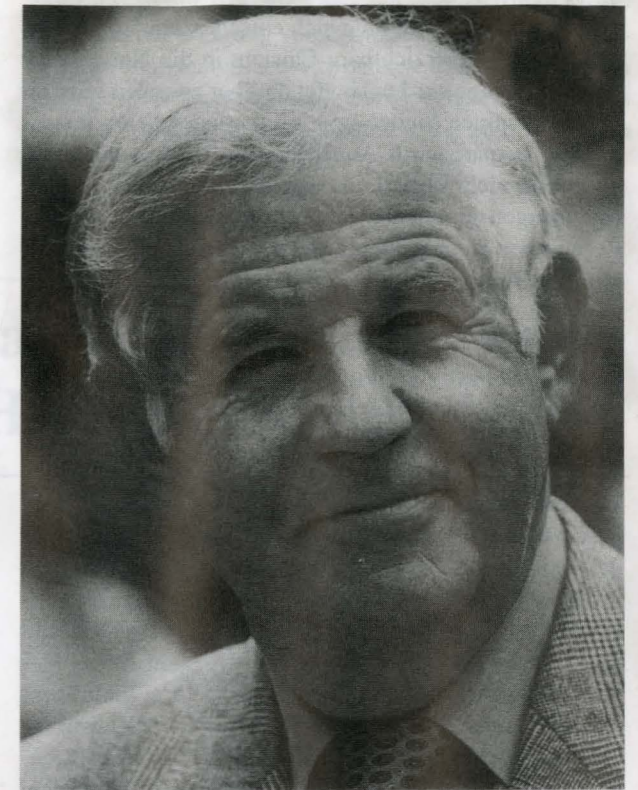
Im Laufe der Zeit hat sich die Betonung dieses Spitznamens etwas gewandelt. Querdenken gilt inzwischen als durchaus notwendig und hilfreich. Ich betrachte die Bezeichnung „Querdenker“ als eine Art Auszeichnung. Natürlich ist es immer etwas anstrengend für eine so große und stets mit Tagesfragen beschäftigte Organisation wie eine Volkspartei, wenn sie sich mit langfristigen Problemen und Konzeptionen befassen soll. Aber es muss auch Leute geben, die diese Arbeit tun, was sich langfristig als nützlicher Denkanstoß bei der programmatischen Arbeit erweisen kann. Und immer wieder stelle ich fest, dass Gedanken, wenn man sie gründlich mit Argumenten untermauern kann, die gute Chance haben, allmählich Allgemeingut zu werden. Max Weber nannte diesen Vorgang das „Bohren dicker Bretter“.

Frage: Glauben Sie an das Bündnis für Arbeit?

Wenn es ein wirkliches Bündnis für Arbeit wäre, wie es das in den Niederlanden und in Dänemark gegeben hat, wäre das eine sinnvolle Sache. Aber wir haben kein Bündnis für Arbeit. Wenn es ein Bündnis wäre, würden sich die Partner nicht in regelmäßigen Abständen gegenseitig androhen, dass sie aussteigen, wenn sie nicht ihren Willen bekommen. Ein „Fingerhakeln für Arbeit“ kann man das höchstens nennen. Die Vorstellung einiger Beteiligter, dass dort Gesetze beschlossen werden, ist schlicht mit unserer Verfassung unvereinbar.

Frage: Die CDU hat die Landtagswahlen in Sachsen wiederum gewonnen. Stehen Sie letztmalig für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung?

Ja, das steht fest. Ich habe mir vorgenommen, meine ganze Kraft für den weiteren Aufbau im Freistaat Sachsen einzusetzen. Darin bestärkt mich die großartige Unterstützung der Wählerinnen und Wähler in Sachsen für die Politik der sächsischen CDU.



Frage: Am 15.6.1990 veröffentlichten die Regierungen der BRD und DDR eine gemeinsame Erklärung zur Regelung der noch offenen Vermögensfragen. Sie einigten sich darauf, dass die Regelungen, so wie es nach dem Krieg entschieden und festgeschrieben wurde, unumstößlich und nicht mehr rückgängig zu machen sind. Wer setzt sich jetzt für eine Änderung ein?

1990 haben die Bundesrepublik und die DDR in ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 16.6. festgestellt, dass die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher Grundlage, also zwischen 1945 und 1949, nicht mehr rückgängig zu machen sind. Das wurde auch vom Bundesverfassungsgericht für mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar erklärt. Wenn frühere Besitzer auf europäischer Ebene in Straßburg geklagt haben, wurde auch das als unzulässig zurückgewiesen. Damit ist diese Entscheidung nun endgültig.

Frage: Der letzte kommunistische Ministerpräsident der DDR, Modrow, behauptet, die Wiedervereinigung Deutschlands sei von einem Festhalten an der Enteignung abhängig gemacht worden, die zwischen 1945 und 1949 von der Sowjetischen Militäradministration verfügt waren. Gorbatschow bestreitet das. Wie ist Ihre Ansicht dazu?

Zu der Zeit, als die Erklärung verabschiedet und die deutsche Einheit beschlossen wurden, gab es den Freistaat Sachsen noch nicht, so dass wir also nicht beteiligt sein konnten und keine Informationen aus erster Hand haben. Auch ich selbst war nicht beteiligt. Wir müssen uns nun an die geltende Rechtslage halten.

Frage: Wie verhalten Sie sich zu dem Sparpaket der Bundesregierung im Bundesrat?

Dass die Bundesregierung sich entschlossen hat zu sparen, ist eine unverzichtbare Einsicht in die Notwendigkeit. Allerdings wird noch viel darüber zu reden sein, ob an den richtigen Stellen und mit den geeigneten Instrumenten gespart wird. Außerdem darf das so genannte Sparpaket nicht isoliert von den anderen großen Herausforderungen gesehen werden, die vor uns liegen. Die Reform des Steuersystems und der Sozialsysteme gehören zum Beispiel in eine solche Gesamtbetrachtung.

Frage: Ihr Kollege Clement regte an, dass bei den Sozialabgaben weiter gespart werden muss. Welche Ansicht vertreten Sie und wo muss hier der Rotstift angesetzt werden?

Hier muss zunächst einmal umgedacht werden. Wir drohen in eine Falle zu geraten, wenn wir nur immer weiter die sozialen Lasten in Form von Sozialabgaben dem Faktor Arbeit aufbürden. Das klassische lebenslange Vollzeit-Arbeitsverhältnis bröckelt immer mehr, eine Vielzahl von „Patchwork“-Arbeitsbiografien entsteht. Diese Flexibilisierung ist zunächst einmal eine Chance. Viele Menschen scheuen aber vor dieser Chance zurück, weil sie um ihre soziale Sicherheit, zum Beispiel im Alter, fürchten. Wenn nun die soziale Absicherung durch Steuern von der Gesamtheit der Deutschen hergestellt wird, halte ich das auch für einen Ausdruck von mehr Gerechtigkeit. Aber der Staat kann dann keineswegs mehr für alles und jedes in Anspruch genommen werden. Unsere Bürger sind mündig und wollen die Entscheidungen, die für ihr Leben wichtig sind, selbst treffen.

Frage: Was unternimmt das Land Sachsen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Der Freistaat Sachsen kann direkt, also als Arbeitgeber, keine Arbeitsplätze schaffen. Im Gegenteil, im Interesse effizienten Umgangs mit Steuergeldern hält Sachsen seinen Öffentlichen Dienst und den durch die Regierung beeinflussbaren „zweiten Arbeitsmarkt“ so klein wie möglich. So bleiben wir in der Lage, Investitionen zu unterstützen, die im Ergebnis zu mehr Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt führen. Das ist für mich der richtige Weg: Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Und dazu gehört nicht nur direkte Förderung, sondern auch die Schaffung moderner, attraktiver Infrastrukturen und vor allem Investitionen in Bildung, in Hochschulen, Forschung, in den Standort Sachsen allgemein mit seiner großartigen kulturellen Tradition. Das hilft uns langfristig. Wir haben in Sachsen die höchste Beschäftigungsquote in Ostdeutschland; selbst im Westen wird sie nur von wenigen Ländern übertroffen. Für Menschen, die nur

mit großen Mühen oder gar nicht in den ersten Arbeitsmarkt zurückfinden können, erproben wir Modelle, um für sie sinnvolle Beschäftigung und damit einen Weg zurück aus der drohenden gesellschaftlichen Isolation anzubieten.

Frage: Wie kann nach Ihrer Ansicht die Rentenkasse saniert werden?

Schon vor 15 Jahren haben Professor Meinhard Miegel und ich ein Konzept vorgelegt, das System grundlegend umzustellen. Die Umstellung braucht Zeit, und viel Zeit ist schon verloren gegangen. Denn zwei Tendenzen treffen aufeinander: Die Deutschen werden immer älter, brauchen also immer länger Rente. Und sie bekommen pro Familie immer weniger Kinder, die für die Rente ihrer Eltern in die Systeme einzahlen. Hinzu kommt noch, dass der Anteil von Einkommen, der aus abhängiger Beschäftigung erworben wird, zurückgeht. Was nun? Kurz gesagt, schlagen wir vor, dass eine Grundsicherung etwas oberhalb der Sozialhilfe aus Steuermitteln an alle gezahlt wird, die mindestens 25 Jahre in Deutschland Steuern gezahlt haben. Jedem soll überlassen bleiben, über dies hinaus selbst Vorsorge für seine Alterssicherung zu treffen, durch Lebensversicherungen, Immobilien, das Großziehen von Kindern, nach freier Entscheidung und entsprechend seiner Möglichkeiten. So vermeiden wir Altersarmut und schaffen zugleich Anreiz, aus eigenem Interesse mehr als ein Minimum zu leisten. Natürlich betrifft eine Systemumstellung nicht die heutigen Rentner, sondern die Rentner der Zukunft, die sich frühzeitig auf die veränderten Verhältnisse einstellen konnten.

Frage: Seit Einführung des „630-DM-Gesetzes“ wurde auch seitens der Unternehmer Missbrauch getrieben. Müsste nicht auch eine von der CDU gestellte Bundesregierung hier Veränderungen herbeiführen?

Dieser Missbrauch zeigt, dass die Wirklichkeit der Gesetzgebung wegläuft. Wenn die Belastung des Faktors Arbeit so hoch ist wie zur Zeit, sucht die Wirtschaft nach Aus- oder Schleich-Wegen. Wenn die gesetzliche Regelung darauf nicht zielgenau reagiert, führt das entweder zu Ausbeutung, zu Schwierigkeiten für Betriebe in besonders betroffenen Branchen oder zum Wegbrechen noch weitere Arbeitsplätze. Der Freistaat Sachsen hat gemeinsam mit Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um die Auswirkungen der Neuregelung zu überprüfen. Deren Auswertung ist noch nicht abgeschlossen. Anzeichen deuten darauf hin, dass nicht wenige der aufgelösten geringfügigen Arbeitsverhältnisse in der Schattenwirtschaft wieder aufgetaucht sind. Das würde allerdings den Ersatz eines Missbrauchs durch einen anderen bedeuten.

Frage: Für das Reichsbanner waren Nazis und Kommunisten die Hauptfeinde der Demokratie, mit denen es keine Gemeinsamkeiten geben durfte. Wir würden es nicht verstehen, wenn sich jemals ein Christdemokrat oder Sozialdemokrat mit den Stimmen von PDS, NPD und Republikanern zum Bundeskanzler oder Ministerpräsidenten wählen ließe. Teilen Sie unsere Ansicht?

Ich teile diese Ansicht und würde mich auch nicht mit Hilfe der PDS in ein politisches Amt wählen lassen. Doch ich kann den Wählern in Bundesländern, wo das mehrheitlich anders gesehen wird, keine Vorschriften machen.

Frage: Würde sich die CDU dafür einsetzen, dass bei der Altersfürsorge die Förderung auf niedrige Einkommen konzentriert wird und was verstehen Sie unter einem niedrigen Einkommen?

Meine Meinung dazu habe ich bereits dargestellt. Innerhalb der CDU werden hierfür verschiedene Modelle diskutiert, dieser Prozess ist noch keineswegs abgeschlossen.

Frage: Nach Ansicht der SPD hat die Globalisierung eine Mitschuld an der deutschen Standortchwäche. Sie be-

droht Arbeitsplätze, Wohlstand und Sozialstaat. Bewerten Sie das auch so?

Für viel produktiver sehe ich eine Haltung an, die zunächst fragt, was für Chancen mit der Globalisierung verbunden sind. Und da gibt es eine ganze Menge. Wenn wir es richtig angehen und die im Lande nötigen Reformen an der Wirklichkeit ausrichten, kann der Standort Deutschland durch die Globalisierung sogar an Kraft gewinnen. Wir müssen nur Abschied nehmen von gestrigen Strukturen und der Wahrung von Besitzständen. Wenn wir lernen, unvoreingenommener zu denken, können wir letztlich mehr gewinnen als verlieren. Übrigens höre ich auch aus der SPD viele vernünftige Stimmen, die zu dieser Sicht der Dinge vorgezogen sind.

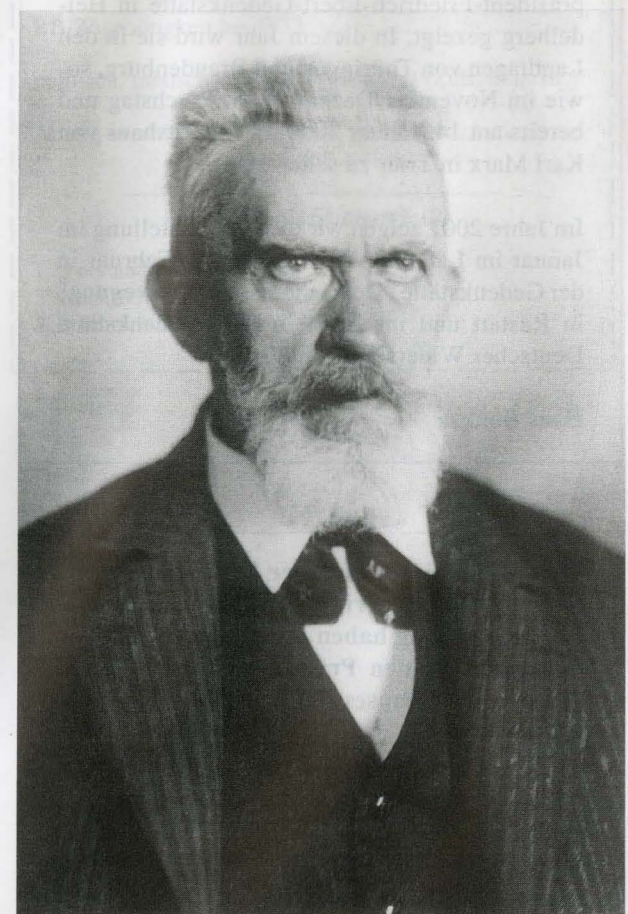
Die Fragen stellte Hans Bonkas

Würdigung des Reichsbannermitgliedes und Reichstagsabgeordneten Hermann Molkenbuhr

In der Biografie des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr spiegelt sich die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wider. Der 1851 in Wedel in Holstein Geborene musste schon als 10-jähriges Kind 60 Stunden pro Woche in einer Fabrik arbeiten, um die Familie mitzuer nähren. Da seine Eltern das Lehrgeld seiner Wunschberufe nicht aufbringen konnten, erlernte er das Handwerk des Zigarrenmachers. 1872 schloß er sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an und wurde sofort als Agitator im Hamburger Raum eingesetzt. Die Folgen der Sozialistenverfolgung durch Reichskanzler Bismarck bekam Molkenbuhr in aller Härte zu spüren. 1881 wurde er aus dem sogenannten nördlichen Belagerungsgebiet Hamburg, Altona und Umgebung ausgewiesen. Er emigrierte in die USA, von wo er 1884 zurückkehrte.

Nach mehreren vergeblichen Kandidaturen konnte er 1890 in den Reichstag einziehen, den er erst 1924 wieder verließ, nach einer der längsten Abgeordnetenkarrieren in der deutschen Parlamentsgeschichte. Im Reichstag profilierte er sich als einer der führenden Köpfe seiner Fraktion, vor allem auf seinem Fachgebiet, der Sozialpolitik, wo er als der Experte seiner Partei, ja seiner Zeit überhaupt galt. Seit 1904 gehörte er dem SPD-Parteivorstand und damit der engeren Parteiführung an.

Im Ersten Weltkrieg beschritt er mit der Fraktionsmehrheit der SPD den Weg der Burgfriedenspolitik. Innerhalb der Parteiführung war es Hermann Molkenbuhr, der am längsten die Einheit der Partei verteidigte und ihre schließlich erfolgte Spaltung am tiefsten bedauerte. 1918 bekannte er sich eindeutig zur Republik und begründete in der Nationalversammlung den Antrag für die schwarz-rot-goldene Nationalflagge. Als Hermann Molkenbuhr 1927 im damals biblischen Alter von 76 Jahren starb, würdigte ihn das Reichsbanner Berlin-Brandenburg als „treuen Vor-



kämpfer des Sozialismus und der Republik“, um den „Millionen Arbeiter in aller Welt“ trauerten!

Ein politisch informierter Deutscher, der 1900, 1910 oder 1920 behauptet hätte, den Namen Hermann Molkenbuhr noch nie gehört zu haben, wäre gewiß ausgelacht wor-

den. Heute ist er jedoch, außer bei Spezialisten auf dem Forschungsgebiet der Arbeiterbewegung, völlig in Vergessenheit geraten. Dies zeigt: Die historische Erinnerung ist selten gerecht. Aber die jetzt erschienene Biografie Hermann Molkenbuhrs bietet die Möglichkeit einer kleinen Wiedergutmachung. Sie ist so flüssig und leicht verständlich geschrieben, dass sie auch dem an der Geschichte der Arbeiterbewegung interessierten Nicht-Historiker als Lektüre voll und ganz empfohlen werden kann.

Bernd Braun, Hermann Molkenbuhr (1851-1927) - Eine politische Biographie, 418 Seiten, 20 Abbildungen, Düsseldorf, Droste 1999 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 118), ISBN 3-7700-5220-X, DM 98,-.

Ausstellung

75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Im vergangenen Jahr wurde unsere Ausstellung in den Landtagen von Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Hamburg, sowie in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg gezeigt. In diesem Jahr wird sie in den Landtagen von Thüringen und Brandenburg, sowie im November/Dezember im Reichstag und bereits am 14. Januar 2000 im Geburtshaus von Karl Marx in Trier zu sehen sein.

Im Jahre 2001 zeigen wir unsere Ausstellung im Januar im Landtag von Sachsen, im Februar in der Gedenkstätte "Deutsche Freiheitsbewegung" in Rastatt und im April in der "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" in Berlin.

Hans Bonkas

Im Februar jährt sich der 75. Todestag von Reichspräsident Friedrich Ebert. In diesem Zusammenhang haben wir das nachstehende Schreiben an den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Reinhard Führer gerichtet.

14.12.1999

Sehr geehrter Herr Präsident, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gratuliert Ihnen recht herzlich zu Ihrer Wahl als Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin und wünscht Ihnen eine gute Amtsführung und viel politischen Erfolg.

Am 28. Februar 2000 jährt sich zum 75. Mal der Todestag des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der Deutschland vor einer

kommunistischen Diktatur bewahrt und die Einheit des Reiches bewahrt hat.

In diesem Zusammenhang bewegt uns ein Ereignis ganz besonders, das mit dem Gebäude des Preußischen Landtages eng verbunden ist, nämlich die eigentliche Geburtsstunde der ersten deutschen Republik als wichtige Vorstufe für unsere Bundesrepublik Deutschland.

Wir denken an die Beschlüsse der Reichskonferenz der Arbeiter und Soldatenräte im Dezember 1918 in Berlin im damaligen preußischen Landtagsgebäude, bei der es um die Elementarentscheidung ging, ob Deutschland eine parlamentarische Demokratie oder eine kommunistische Sowjetdiktatur werden sollte. Damals haben sich die Arbeiter und Soldaten in ihrer Reichskonferenz als einziges gewichtiges politisches Organ des deutschen Volkes mit starker Mehrheit für die Demokratie entschieden, nicht zuletzt wegen des großartigen Einsatzes von Friedrich Ebert, dem nachmaligen ersten Reichspräsidenten von Deutschland.

Leider deutet im Gebäude des Preußischen Landtages, dem heutigen Berliner Abgeordnetenhaus, nichts, keine Tafel, kein Hinweisschild auf diese herausragende Entscheidung für die Demokratie gegen die Diktatur hin.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, daher sehr dankbar, wenn Sie sich dieser Angelegenheit, wie diesem Demokratieereignis gedacht werden und wie der 75. Todestag von Friedrich Ebert im Gebäude des Preußischen Landtages gegangen werden könnte, annehmen würden.

Vielleicht wäre es angebracht, wenn Sie unseren Beauftragten in Berlin, Herrn Ministerialdirektor i.R. Hermann Kreutzer vom Kurt-Schumacher-Kreis, Berlin, Angerburger Allee 41, 14055 Berlin, Tel.: 30 40 800 in den nächsten Tagen zu einem Gespräch hierüber einladen würden.

Unsere Organisation, die in der Weimarer Republik der einzige demokratische Verband, getragen von SPD, Gewerkschaften, Zentrumspartei und Demokratischer Partei, war, hat sich immer konsequent für die Demokratie eingesetzt und deshalb vor 1933 und danach, aber auch von den Kommunisten nach 1945 erhebliche Opfer an Toten erbracht, und misst daher dieser damaligen Entscheidung von 1918 große Bedeutung für unsere Demokratie bei.

Bitte helfen Sie mit, diesem Ereignis gebührend zu gedenken.

Im Voraus herzlichen Dank für Ihre Mühe und freundliche Grüße

Hans Bonkas
amt. Bundesvorsitzender

AUFNAHME - ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats-/Jahres-Beitrag nach Selbsteinschätzung - mindestens DM 3.00 monatlich -

DM..... monatlich/jährlich

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den
(In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name:

Vorname:

Beruf/Stand:

geboren am: in

Anschrift
(Straße)

PLZ-Ort:

Telefon:

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit: in

politisch, rassistisch, religiös Verfolgt? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch:

.....
(Eigenhändige Unterschrift)

1. Vorstand zum Beschluß;
2. Nachricht an Antragsteller
3. Nachricht an Schatzmeister

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
60323 Frankfurt am Main
Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt, Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder: Horst Brüggemann, Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Ursula Seuß-Hess, Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg
Freiheitsbund e.V., Berlin
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Frankfurt am Main
Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengeschlossenen Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR gehören dem Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten an, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Anfragen an die vorgenannten Verbände werden an dieselben von der Redaktion weitergeleitet.

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:
Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

**Flughafen
Frankfurt Main**

Service zwischen Himmel und Erde